



# „Der Dachstuhl brennt.“<sup>1</sup>

## Zur Häufung rechtsextremer Übergriffe, einer gestiegenen Aktionsfähigkeit und dem Ausbau von neonazistischen Strukturen in Sachsen-Anhalt

*Ein Thesen- und Diskussionspapier  
des Landesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt  
Januar 2006*

*Autor: Sebastian Striegel*

- 1) Der sachsen-anhaltische Rechtsextremismus erstarkt derzeit in nie gekannter Intensität.
- 2) Innerhalb der rechtsextremistischen Szene betrifft die Stärkung weniger den parteigebundenen, als mehr den jugendkulturellen Rechtsextremismus, der sich in der Unterwanderung von Jugendkulturen mit rechtsextremen Inhalten und der zunehmenden Stärkung rechtsextremer Kameradschaften niederschlägt.
- 3) Hauptregionen für den kameradschaftlich organisierten Rechtsextremismus sind der Harz (Wernigeröder Aktionsfront), Magdeburg (Festungsstadt Magdeburg), Schönebeck (Kameradschaft Schönebeck), Dessau, Wittenberg, Anhalt-Zerbst (Freie Nationalisten Dessau-Anhalt, Kameradschaft Landkreis Wittenberg), Halle-Merseburg (Freie Nationalisten Halle-Merseburg), Sangerhausen (Kameradschaft Ostara).
- 4) Einen Regionalen Schwerpunkt der NPD bildet das südliche Sachsen-Anhalt, insbesondere die Landkreise Burgenlandkreis, Weißenfels, Merseburg-Querfurt.
- 5) Ein Einzug der rechtsextremen DVU – die im Lande aufgrund des so genannten Deutschlandpaktes statt der NPD antritt – in den sachsen-anhaltischen Landtag im März 2006 kann nicht sicher ausgeschlossen werden.
- 6) Die gesellschaftliche Wahrnehmung des Problems ist unterentwickelt. Vorkommnisse der letzten Monate werden – so überhaupt berichtet wird – nicht miteinander verbunden und in einen notwendigen Kontext eingebettet.
- 7) Die Polizei ist mit der eskalierenden Lage überfordert. Weder verfügen die Staatsschutzabteilungen über ausreichend Vorfeldinformationen, noch können illegale Versammlungen von Neonazis sicher verhindert werden. In den Polizeirevieren und -direktionen sind die Beamten oft unzureichend für die Erkennung und Bewertung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Delikte ausgebildet.
- 8) Die Landesregierung ergeht sich zum Thema bisher in Symbolpolitik. Das im Mai 2005 ins Leben gerufene und bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelte „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ harrt noch der inhaltlichen Ausfüllung und einer angemessenen Finanzausstattung.

---

<sup>1</sup> Äußerung eines Mitarbeiters von Miteinander e. V. zur Lage in Sachsen-Anhalt im Herbst/Winter 2005-2006.

- 9) Die kommunal und regional aktiven Bürgerbündnisse gegen Rechts sind noch nicht flächendeckend aktiv und arbeiten unterschiedlich effektiv. Lokale Gruppierungen benötigen weitere Unterstützung und Vernetzung.
- 10) Gegen den Rechtsextremismus sind keine schnellen Erfolge zu erwarten. Sachsen-Anhalt braucht deshalb ein langfristig angelegtes Förderprogramm zur regionalen Demokratieentwicklung. Gleichzeitig muss das Weiterbestehen der Bundesförderprogramme Civitas und Entimon gewährleistet und die Co-Finanzierung des Landes abgesichert werden.

Die gegenwärtige Häufung rechtsextremer Gewalttaten, Propagandadelikte, und die zunehmende Kampagnen-, Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit insbesondere rechter Kameradschaften in Sachsen-Anhalt ist besorgniserregend. Der brutale Überfall auf einen 12-jährigen Jungen in Pömmelte am 9. Januar 2006 markiert hierbei nur die Spitze eines Eisberges.<sup>2</sup>

Auch auf anderen Feldern hat sich die Aktionsfähigkeit der Rechtsextremisten in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren gesteigert. Für die ersten elf Monate des Jahres 2005 zählte der Verein Miteinander insgesamt 29 öffentlichkeitswirksame Handlungen von Neonazis, d. h. kleinere und größere Demonstrationen.<sup>3</sup> Dabei ist es weniger die reine Anzahl der Demonstrationen und mehr die gestiegene, kurzfristig Mobilisierungsfähigkeit, die Anlass zur Sorge bietet. So gelang es Rechtsextremisten und Neonazis in Sachsen-Anhalt allein am Wochenende rund um den 15. Oktober 2005 in mindestens drei sachsen-anhaltischen Städten, Aufmärsche zu inszenieren. Am Freitagabend, dem 14. Oktober 2005, marschierten etwa 200 Neonazis u. a. aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen bei einer erst wenige Tage zuvor angemeldeten Demonstration unter dem propagandistischen Slogan „Für Meinungsfreiheit – Gegen roten Terror“ durch Wernigerode. Nur wenige Stunden später – am Samstag dem 15. Oktober – protestierten etwa 240 Rechtsextreme in Schönebeck „gegen Kinderschänder“. Am Nachmittag desselben Tages fanden sich etwa 70 Neonazis zu einem spontanen Protestzug durch die Magdeburger Innenstadt ein, während zur gleichen Zeit in Merseburg etwa 100 Kameraden der rechtsextremen NPD den 15. Geburtstag des sachsen-anhaltischen Landesverbandes – untermalt von zwei rechtsextremen Liedermachern und ohne, dass die Polizei vorher von dieser Veranstaltung erfahren hatte – feierten.<sup>4</sup>

Die geschilderten Ereignisse widersprechen – insbesondere vor dem Hintergrund stetig steigender Überfälle mit rechtsextremem und/oder rassistischem Hintergrund auf nicht-rechte bzw. alternative Jugendliche sowie auf Personen mit Migrationshintergrund,<sup>5</sup> der

---

<sup>2</sup> Nach Aussage der Mobilen Opferberatung gab es im Zeitraum vom 01.01.2006 bis zum 11.01.2006 insgesamt acht rechtsextreme Gewalttaten in Sachsen-Anhalt. Vgl. Pressemitteilung der Mobilen Opferberatung vom 11.01.2006. Bis zum 16.01.2006 wurde bekannt, dass sich die Anzahl der Vorfälle auf mindestens neun erhöht hat, vgl. E-Mail-Auskunft durch Zissi Saueremann von der Mobilen Opferberatung Süd vom 16.01.2006.

<sup>3</sup> David Begrich, Rechtsextremistische Aktivitäten in Sachsen-Anhalt im Jahr 2005, in: Miteinander e. V. (Hrsg.), Newsletter Nr. 14, Winter 2005/2006, S. 3-5, hier S. 4. Nicht eingerechnet sind hier Informationsstände und Kranzniederlegungen etc.

<sup>4</sup> Pressemitteilung des Vereins Miteinander e. V. vom 16. Oktober 2005 sowie 500 Harzer kehren ‚braunen Dreck‘ aus der bunten Stadt, in: Harzer Volksstimme vom 17. Oktober 2005, <<http://www.volksstimme.de/druckversion.asp?AID=757791>> am 18.10.2005.

<sup>5</sup> So zählte die Mobile Opferberatung allein in der Harzregion seit Jahresbeginn mindestens zwei rechtsextrem oder rassistisch motivierte Gewalttaten pro Monat, <<http://www.mobile-opferberatung.de/index.php?bc=353>>, am 18.10.2005. Aber auch im Rest Sachsen-Anhalts steigen die Übergriffe von Rechtsextremen an, so wurden im Jahr 2004 ein Drittel mehr Vorfälle als im Jahr 2003 registriert, <<http://www.mobile-opferberatung.de/index.php?bc=253>>, am 18.10.2005. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2005 gab es insgesamt 108 rechtsextreme Überfälle und damit ebenso viele wie im gesamten Jahr 2004, vgl. Anhaltend hohes Niveau rechter Gewalt, in: Mobile Opferberatung (Hrsg.), Informationen 11/2005, S. 7.

starken Zunahme rechtsextremer Propagandadelikte<sup>6</sup> und der großen Zugewinne der NPD bei der Bundestagswahl 2005 in Sachsen-Anhalt<sup>7</sup> – der vom Referatsleiter Rechtsextremismus im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Hilmar Steffen, am 12. Oktober vorgetragene These, wonach die rechtsextreme Szene Sachsens schwach und disparat sei, ein Wahlerfolg im Frühjahr 2006 unwahrscheinlich sei und allenfalls für die Harzregion eine „Verrohung der Sitten“ und eine Zunahme der Brutalität zwischen Links und Rechts beklagt werden müsse.<sup>8</sup> Gerade gegen letzteren Punkt spricht, dass rechtsextreme Übergriffe nicht auf die Harzregion beschränkt sind, sondern schwerpunktmäßig auch den Raum Dessau, Anhalt-Zerbst, Magdeburg, Schönebeck und Halle (Saale) betreffen.<sup>9</sup> Außerdem stehen die hohe Anzahl und die Schwere rechtsextremer Überfälle im Harz im krassen Gegensatz zu nur einem bekannt gewordenen Überfall auf Rechtsextremisten.<sup>10</sup>

Das konstatierte Süd-Nord-Gefälle<sup>11</sup> innerhalb des Landes besteht weiterhin, es entstehen jedoch neue Schwerpunkte. Der Harz – von dem im Verfassungsschutzbericht 2004 noch geschrieben wird, dort bestehe keine fest gefügte rechtsextreme Szene –<sup>12</sup> wird seit der Formierung der so genannten Wernigeröder Aktionsfront (bestehend aus ca. 25 bis 30 Neonazis, nach eigenem Bekunden inzwischen aufgelöst, um einem Verbot durch staatliche Organe zuvorzukommen) massiv mit dem Problem des Rechtsextremismus konfrontiert. Neben Aufmärschen zählen dazu Propagandadelikte<sup>13</sup> und insbesondere die Bedrohung und Verletzung anders denkender und anders aussehender Personen durch Neonazis.

Sachsen-Anhalt bildet – gemeinsam mit Brandenburg, Sachsen und Thüringen – längst einen Schwerpunkt rechtsextremer Kriminalität. Der erstarkende Rechtsextremismus hat sich – auch wenn Gewaltdelikte weiterhin einen Schwerpunkt bilden – jedoch von der alleinigen Ausrichtung auf diese gelöst und tritt zunehmend vielgestaltig auf. Rechtsextremismus ist – wie die vielerorts erkennbar von Rechtsextremen gekaperten Hartz IV-Proteste im Sommer 2004 gezeigt haben – kampagnen- und anschlussfähig geworden und außerdem inzwischen bei vielen Jugendlichen stark kulturell verankert.

---

<sup>6</sup> So stieg z. B. für den Bereich der Polizeidirektion Dessau die Zahl der registrierten rechtsextremen Straftaten im ersten Halbjahr 2005 auf 110 und damit um das Dreifache an. Zurückzuführen sei dies insbesondere auf die Zunahme rechter Propagandadelikte, vgl. 16-Jähriger ist seit Überfall blind, in: Volksstimme vom 18.10.2005.

<sup>7</sup> Im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 konnte die NPD ihr Zweitstimmenergebnis im Land Sachsen-Anhalt um 22 674 Stimmen auf 36 970 Stimmen (oder 2,5 Prozent) steigern.

<sup>8</sup> Hilmar Steffen auf der Fachtagung „Rechtsextremismus im Parlament“ in Magdeburg am 12. Oktober 2005, vgl. auch Die Extremisten bekriegen sich, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. Oktober 2005, S. 6.

<sup>9</sup> So wurden in Halle am den 17. Juni 2005 mehrere alternative Personen im Zusammenhang mit einer rechtsextremen Demonstration angegriffen. In Zerbst verlor Anfang August 2005 ein 16-jähriger Jugendlicher sein rechtes Augenlicht, weil ihm ein Nazi sein Bierglas im Gesicht zerschlagen hatte.

<sup>10</sup> Linke greifen Rechte auf Parkplatz an, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 10. Oktober 2005, S. 2.

<sup>11</sup> Die rechte Szene wittert Morgenluft, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 18. Mai 2005, S. 4.

<sup>12</sup> Land Sachsen-Anhalt, Ministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2004, Magdeburg 2005, S. 26.

<sup>13</sup> Wie die rechtsextremen Schmierereien und Bedrohungen in Tanne im August 2005.

Mindestens sechs fest institutionalisierte Kameradschaften<sup>14</sup> – und zusätzlich bis zu zehn lose regionale rechtsextreme Gruppierungen – sind in Sachsen-Anhalt aktiv. Von ihnen geht – wie die Überfälle der Kameradschaft Schönebeck und die der ehemaligen Wernigeröder Aktionsfront zeigen – ein erhebliches Bedrohungspotenzial aus, das sich in besonderer Weise gegen anders Denkende und anders Aussehende richtet.

Rechtsextreme Gruppierungen bieten nicht nur Gemeinschaftsgefühl sondern insbesondere kulturelle Anlaufpunkte und Erlebnisträume für Jugendliche. Hier u. a. entsteht die lebensweltliche Attraktivität des Rechtsextremismus und hier liegt – genau wie bei der weitgehenden Verbreitung rechtsextremer Musik – der Schlüssel zur Verankerung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen und Jungwählern.

Auch über extremistische Versände ist der jugendkulturelle Rechtsextremismus fest in Sachsen-Anhalt verhaftet. Mindestens vier Unternehmen operieren von hier. Zwei davon waren in die Produktion und den Versand der ersten Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit!“ involviert. Gegen den Betreiber mindestens eines Versandbetriebes ist deshalb inzwischen in Stendal ein Gerichtsverfahren anhängig.<sup>15</sup>

Die NPD ist – vor allem im südlichen Sachsen-Anhalt – lokal bereits zum politischen Faktor avanciert.<sup>16</sup> Die rechtsextreme Partei ist in drei Kommunalparlamenten von Kreisfreien Städten bzw. Landkreisen (im Burgenlandkreis sogar mit zwei Abgeordneten) und in zwei Städten/Gemeinden mit insgesamt drei Stadt-/Gemeinderäten vertreten. In ihrer Organisation weist sie ein starkes Süd-Nord-Gefälle mit mitgliederstarken Kreisverbänden im südlichen Sachsen-Anhalt auf. Bei der U18 Wahl erreichte die NPD in Sachsen-Anhalt 8,0 Prozent, in der Region Bernburg sogar 13,92 Prozent.<sup>17</sup>

Ein Einzug der DVU – die NPD tritt zur Landtagswahl 2006 nicht an – erscheint möglich, wenn es den Rechtsextremen gelingt, eine hohe Emotionalisierung zu erzeugen und die demokratischen Parteien sich innerhalb bestimmter Themenkreise (z. B. die soziale Frage) als nicht ausreichend diskursfähig zeigen. Gelingt es darüber hinaus eine Materialschlacht<sup>18</sup> anzuzetteln und die freien Kameradschaften in den Wahlkampf einzuspannen, wird ein Einzug rechtsextremer Parteien wahrscheinlich. Mindestens die erneute Materialschlacht der

---

<sup>14</sup> Die Extremisten bekriegen sich, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 13. Oktober 2005, S. 6. Durch Auflösung der Wernigeröder Aktionsfront verminderte sich die Zahl der Kameradschaften auf sechs.

<sup>15</sup> 'Schulhof-CD' hat doch gerichtliches Nachspiel, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 7. Oktober 2005, <<http://www.mz-web.de/artikel?id=1128429679302>>, am 07.10.2005 sowie Mann steht wegen Besitzes rechtsextremer CDs vor Gericht, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 17.01.2006, <<http://www.mz-web.de/artikel?id=1137318373336>>, am 17.01.2006.

<sup>16</sup> So erreichte die verfassungsfeindliche Partei bei der Bundestagswahl im Wahlkreis 74 4,2 Prozent und im Wahlkreis 75 3,3 Prozent der gültigen Zweitstimmen.

<sup>17</sup> Ergebnisse der U18-Wahl für das Land Sachsen-Anhalt, <<http://jugendserver.spinnenwerk.de/~u18/?cat=results&resultsmetaid=19&catsub=fedstate&fedstateid=13>>, am 19.10.2005.

<sup>18</sup> Ähnlich der aus dem Jahr 1998, als die DVU ca. 1,5 Mio. DM in den sachsen-anhaltischen Wahlkampf steckte und mit 12,9 Prozent in den Magdeburger Landtag einzog.

DVU scheint sicher. Nach Ansicht des Verfassungsschutzes plant Gerhard Frey auch für den anstehenden Wahlkampf ein massives finanzielles Engagement in Sachsen-Anhalt.<sup>19</sup>

Trotz der bedrohlichen Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus scheint die (Medien-)Öffentlichkeit nicht über Gebühr beunruhigt. Es scheint, als würden die betreffenden Ereignisse (Überfälle, Propagandadelikte, Aufmärsche, Wahlerfolge) jeweils nur als singuläre Ereignisse wahrgenommen und keine Verbindung zwischen ihnen hergestellt.

Die Polizei scheint mit der derzeit eskalierenden Lage überfordert. So gelang es ihr z. B. nicht, am 20. August 2005 einen illegalen Aufmarsch von mehr als 300 Rechtsextremen in Weißenfels aus Anlass des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess zu verhindern.<sup>20</sup> Über den in Merseburg stattfindenden 15. Geburtstag des NPD Landesverbandes am 15. Oktober 2005 lagen der Polizei im Voraus keine Erkenntnisse vor.<sup>21</sup>

Das am 23. Mai 2005 durch Landtagspräsident Adolf Spotka und Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer ins Leben gerufene Netzwerk für Demokratie und Toleranz ist bisher reine Symbolpolitik. Trotz zweier Koordinationstreffen in Wernigerode und Halle (Saale) sowie einer (gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Evangelischen Akademie, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Verein Miteinander organisierten) Konferenz harrt es der inhaltlichen Ausfüllung und der finanziellen Hinterfütterung. Sinn machte es, das bestehende Netzwerk zu einem Förderprogramm für regionale Demokratieentwicklung auszubauen.

Kommunal- und regional tätige Netzwerke, runde Tische und Bürgerbündnisse gibt es inzwischen in vielen Orten des Landes. Diese agieren zum Teil bereits ausgesprochen routiniert auf rechtsextreme Provokationen in Form von Aufmärschen etc. und haben auch die öffentliche Problemwahrnehmung für das Thema entscheidend geschärft. Meist aber ist ihre Aktivität lediglich ereignisbezogen, d. h. auf die Organisation von Gegenveranstaltungen bei rechtsextremen Aufmärschen oder Mahnwachen nach rechten Straftaten gerichtet. Eine Ausnahme bildet hierbei schon seit mehreren Jahren das Dessauer Bündnis gegen Rechts.<sup>22</sup> In einigen Gegenden Sachsens-Anhalts – exemplarisch sei hier der Raum Anhalt-Zerbst genannt – sind bisher noch keine regionalen Gruppen aktiv. Die Problemwahrnehmung tendiert dort oft gegen Null.<sup>23</sup>

Sachsen-Anhalt braucht – nach dem Vorbild Brandenburgs und Sachsens – endlich ein ausfinanziertes Landesprogramm für regionale Demokratieentwicklung. Mit einem solchen

---

<sup>19</sup> So Hilmar Steffen auf der Veranstaltung am 12. Oktober 2005 (s. o.).

<sup>20</sup> Neonazi-Aufmarsch in Merseburg verhindert, in: Mitteldeutsche Zeitung (MQ) vom 22. August 2005, S. 7.

<sup>21</sup> Die im Internet und durch lokale Personen unschwer zu erlangenden Informationen gelangten erst durch einen gezielten Hinweis an die Polizeidirektion Merseburg.

<sup>22</sup> Das Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus, <[www.projektgegenpart.org/front\\_content.php?client=1&lang=1&idcat=35&idart=59&m=&s=>](http://www.projektgegenpart.org/front_content.php?client=1&lang=1&idcat=35&idart=59&m=&s=>), am 19.10.2005.

<sup>23</sup> So wartet z. B. der bei einem Überfall Anfang August 2005 am Auge schwer verletzte 16-Jährige bis heute auf eine Reaktion der Stadtverwaltung Zerbst, vgl. 16-Jähriger ist seit Überfall blind, in: Volksstimme vom 18.10.2005.

Programme sollen demokratische Initiativen und deren Vernetzung gefördert, die Unterstützung für Opfer rechter Gewalt (z. B. auch durch einen Opferfonds) gewährleistet sowie Bildungs- und Jugendarbeit gefördert werden. Auch täter- und mitläuferorientierte Sozialarbeit und Aussteigerprogramme können durch ein solches Programm mitfinanziert werden. Für Jugendliche, die kein Interesse an der braunen Kultur haben müssen mit einem Landesprogramm soziale und kulturelle Angebote ausgebaut werden. Die sachsen-anhaltische Lehrerbildung sollte um einen Baustein zum Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen und Jugendkulturen erweitert werden. Für die Polizeikräfte des Landes ließen sich über ein Landesprogramm für Demokratieentwicklung externe Schulungen zum Erkennen und Bewerten rechtsextremistischer Straftaten organisieren.

Ein Programm für regionale Demokratieentwicklung fördert aktiv die demokratischen Werte, Einstellungen und Verhaltensmuster von Jugendlichen und Erwachsenen, es begreift Zuwanderung und Migration als Chance für das Land und ermöglicht eine breite gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen und AussiedlerInnen. Alle Teilprojekte eines solchen Landesprogramms unterliegen einer stetigen wissenschaftlichen Evaluation und profitieren von einem regen Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.

Notwendig ist auch eine inhaltliche Auseinandersetzung – nicht an den Rändern, sondern im Zentrum der Gesellschaft – mit den Herausforderungen, die Rechtsextreme an uns und unser politisches System stellen. Als Gesellschaft müssen wir uns wieder klarer werden, warum wir unser demokratisches System für verteidigungswert gegenüber menschenverachtenden Ideologien halten. Wir müssen diese Diskussion (gegen unseren verständlichen Unwillen und unsere Angst) auch mit den Nazis selber führen – diese Auseinandersetzung zu meiden, hieße zu kneifen und das stärkt die Rechten.

Der gegenwärtigen Häufung rechtsextremer Übergriffe, der gestiegenen Aktionsfähigkeit und dem Ausbau von neonazistischen Strukturen in Sachsen-Anhalt muss entschieden entgegen getreten werden. Dazu sind eine Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen – von der zivilgesellschaftlichen über die politische bis zur polizeilichen Ebene – notwendig. Sachsen-Anhalt, seine BürgerInnen, gesellschaftliche Akteure und die politischen Parteien sind nun in der Pflicht, sich über effektive Maßnahmen gegen rechte Gewalt und die zunehmende Aktionsfähigkeit der Rechten zu positionieren und sich über effektive Gegenmaßnahmen zu verständigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in der notwendigen gesellschaftlichen Debatte eine aktive und profilierte Rolle wahrnehmen.